

Berlin, 5. Juli 2021

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-571
Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

Ansprechpartner:

Michael Alber
Geschäftsführer

Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Constantin Rohrbach

Volkswirtschaft und Finanzen
constantin.rohrbach@bga.de

Volkswirtschaft und Finanzen Positionen der Parteien in der Finanz- und Steuerpolitik zur Bundestagswahl 2021

Die in der 19. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. November 2021 in ihren Wahlprogrammen ihre Vorstellungen zur Finanzpolitik und zur Steuerpolitik für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorgelegt. Im Folgenden werden die zentralen Positionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen, Linken und AfD mit den Grundzügen der Finanz- und Steuerpolitik, zur Reform der Einkommensbesteuerung und der Unternehmensbesteuerung sowie zur Besteuerung internationaler und digitaler Geschäftsaktivitäten kompakt dargestellt:

CDU/CSU

- Neue Schulden oder Steuererhöhungen werden als falscher Weg bezeichnet. Die Union bekennt sich zur Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten und der Schuldenbremse. Sie setzt auf wirtschaftliches Wachstum, um finanzielle Spielräume zu eröffnen. Die Union spricht sich gegen die Einführung einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe aus. Unter dem Grundsatz „Entlasten statt Belasten“ soll der Solidaritätszuschlag für alle abgeschafft werden und gleichzeitig kleinere und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlastet werden.
- Die Unternehmensbesteuerung soll modernisiert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu sollen die Besteuerung auf im Unternehmen verbleibende Gewinne perspektivisch auf 25 Prozent gesenkt werden. Die Thesaurierungsbegünstigung, Gewerbesteueranrechnung und die Verlustverrechnung sollen verbessert und die degressive AfA wieder eingeführt werden. Auch die Begünstigung von Sachzuwendungen soll ausgeweitet und vereinfacht werden.
- Im Rahmen der Abstimmung mit internationalen Partnern soll eine faire Besteuerung global tätiger Konzerne und der digitalen Wirtschaft erreicht und in der EU eine gemeinsame Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage eingeführt werden.

SPD

- Die SPD will gesellschaftliche und programmatische Ausgaben über Spielräume der Kreditaufnahme finanzieren. Auch strebt sie eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen über Steuern an. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug soll konsequent vorgegangen werden.
- Kleine und mittlere Einkommen sollen durch eine Einkommensteuerreform besser gestellt werden. Im Gegenzug werden die oberen fünf Prozent stärker besteuert. Für besonders viel Verdienende wird am Zuschlag von 3 Prozentpunkten (sog. Reichensteuer) festgehalten. Und auch der verbleibende Solidaritätszuschlag wird beibehalten.

- Die Vermögensteuer soll wieder in Kraft gesetzt werden. Die Erbschaftsteuer soll umgestaltet werden. Es wird eine effektive Mindestbesteuerung und die Abschaffung der Überprivilegierung von Betriebsvermögen angestrebt.
- Die internationalen Verhandlungen zur Einführung einer Mindestbesteuerung und mit europäischen Partnern zu einer fairen Besteuerung sog. Digitalunternehmen sollen abgeschlossen und umgesetzt werden.

FDP

- Die FDP strebt eine spürbare Entlastung der Bürger an und damit Impulse in eine wirtschaftliche Erholung. Sie steht für eine solide und investitionsorientierte Haushaltspolitik und zur Schuldenbremse.
- Der sog. Mittelstandsbauch soll vollständig in drei Schritten abgeschafft und ein linearer Tarif eingeführt werden. Der Spitzensteuersatz soll nach rechts verschoben werden, so dass dieser erst bei 90.000 € z. v. E. greift. Steuertarif und Freibeträge sollen regelmäßig angepasst werden. Der Solidaritätszuschlag soll komplett abgeschafft werden.
- Die steuerliche Belastung von Unternehmen soll auf OECD-Niveau (25%) gesenkt werden und der Sonderweg der Gewerbsteuer beendet werden. Die degressive AfA soll verstetigt und die AfA für digitale Wirtschaftsgüter einheitlich drei Jahre betragen, sofern keine Sofortabschreibung möglich ist. Die FDP spricht sich gegen Substanzsteuern (Vermögensteuer, Vermögensabgabe) aus und plädiert zugleich für eine Überprüfung der Erbschaftsteuer auf Kosten und Nutzen. Bagatell- und Lenkungssteuern sollen abgeschafft werden.
- Die internationalen Arbeiten auf OECD-/G20-Ebene werden unterstützt. Eine globale Mindeststeuer soll gemeinsam mit den USA für Fairness im Wettbewerb großer internationaler und digitaler Unternehmen geschaffen werden. In der EU soll eine EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer geschaffen werden.

Bündnis 90/Die Grünen

- Der Bundeshaushalt soll nachhaltiger werden. Die Schuldenbremse soll dahingehend reformiert werden, in dem für Investitionen eine begrenzte Kapitalaufnahme erlaubt wird. Durch Beendigung umweltschädlicher Subventionen (Diesel, Dienstwagen) sollen jährlich 10 Mrd. € eingenommen werden.
- Angesichts angespannter Finanzen soll eine aufkommensneutrale Umfinanzierung erfolgen: Kleine und mittlere Einkommen sollen durch die Anhebung des Grundfreibetrages entlastet, der Spitzensteuersatz angehoben und ab 100.000 € ein neuer Steuersatz von 45% eingeführt werden. Ab 250.000 € folgt eine weitere Stufe mit 48%.
- Für die Länder soll eine neue Vermögensteuer eingeführt werden. Oberhalb von 2 Mio. € soll der Steuersatz 1% betragen. Die Begünstigung von Betriebsvermögen soll rechtlich erlaubt werden. Gegen Steuervermeidung soll mit einer umfassenden Strategie vorgegangen werden.
- In Europa soll für die Unternehmensbesteuerung eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und ein Mindeststeuersatz von 25% eingeführt werden. Digitalkonzerne sollen endlich angemessen besteuert werden. Über eine Verschärfung von Zins- und Lizenzschränken sowie eine Quellenbesteuerung soll gegen Gewinnverschiebungen vorgegangen werden.

Die Linke

- Die Schuldenbremse gehört abgeschafft, um die finanziellen Spielräume zu erweitern. Der Haushalt soll bei Militärausgaben und klimaschädlichen Subventionen entlastet werden. Niedrige und mittlere Einkommen sollen durch die Anhebung des Grundfreibetrages auf 14.400 € entlastet werden und der Spitzensteuersatz von 53% ab 70.000 € z.v.E. greifen. Zudem soll eine zweistufige Reichensteuer eingeführt werden. 60% ab etwa 260.000 € und 75% oberhalb 1 Mio. €. Der Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen soll erhalten bleiben.
- Eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif (Steuersatz: 1%-5%) soll oberhalb 1 Mio. € und einem Freibetrag von 5 Mio. € für Betriebsvermögen eingeführt werden. Zudem soll eine Vermögenabgabe oberhalb 2 Mio. € mit einem progressiven Steuersatz (10%-30%) eingeführt und über einen Zeitraum von zwanzig Jahren abbezahlt werden. Bei der Erb-schaftsteuer sollen die Privilegien für Betriebsvermögen entfallen. Die Gewerbesteuer soll in eine Gemeindewirtschaftsteuer umgewandelt werden, indem die Bemessungsgrundlage ausgeweitet und gutverdienende Selbständige und Freiberufler einbezogen werden.
- Die Körperschaftsteuer soll durch europaweite Mindestsätze erhöht und Digitalkonzerne stärker am Ort der Umsätze besteuert werden. Mittelfristig soll deren Enteignung und Vergesellschaftung erfolgen.

AfD

- Die Budgethoheit muss vollständig in nationaler Kompetenz verbleiben. Die von der EU-Kommission geforderte Einführung von EU-Steuern muss verhindert werden.
- National soll ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten in Orientierung an den Vorschlag des Steuerreformkonzepts des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhoff geschaffen werden. Bei Konzentration auf Einkommen- und Umsatzsteuer können Grundsteuer, Gewerbesteuer und weitere kleinere Verbrauchsteuern entfallen. Ähnlich verhält es sich mit sog. Substanzsteuern (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer).
- Grundsätzlich verfolgt die AfD das Ziel einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Bei Kinder-, Grundfreibetrag und Tabellenbeträgen soll eine automatische gesetzliche Dynamisierung erfolgen. Der Solidaritätszuschlag soll vollständig abgeschafft werden.
- Auf den Umsatz von „Tech-Riesen“ soll eine nationale Digitalsteuer eingeführt werden.